

WISO

Nr. 1/23
März 2023
46. Jahrgang

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Eva-Maria Schmidt: Erwerbsarbeitszeitmodelle und deren Potenzial für Geschlechtergleichstellung • **Martina Beham-Rabanser, Joachim Gerich, Birgit Mock:** Benachteiligungserfahrungen von Eltern am Arbeitsplatz • **Tom Heilmann, Ute Klammer, Christina Klenner:** Welche Rolle spielt die Arbeitsbewertung für den Gender Pay Gap? Analysen mit dem neuen „Comparable-Worth-Index“ geben Aufschluss • **Mirna Specht-Prebanda, Stephanie Müller-Wipperfürth:** Zur Bedeutung von geschlechtersensiblen Gesundheitsschutz am Beispiel der Reinigungsbranche

WISO Praxisforum

Rezension

AK Wissenschaftspreis 2022

Natascha Strobl: Festrede: Wessen Freiheit? Corona und autoritäre Krisenbearbeitung in der Neuen Normalität • **Kerschbaumer / Gell / Reichmann:** Vulnerable Gruppen in der Krise • **Leonie Obermeyr:** Ausgewählte Problemstellungen einer 3G-Regel am Arbeitsplatz • **Julian Wenger:** Einfluss von COVID-19 auf eine Großbaustelle am Beispiel North Yorkshire Polyhalite Projekt

AK Wissenschaftspreis 2022 „Soziale Folgen der Corona- Pandemie“

Natascha Strobl

Natascha Strobl ist österreichische Politikwissenschaftlerin.

**Festrede: Wessen Freiheit? Corona und autoritäre
Krisenbearbeitung in der Neuen Normalität** 112

Lukas Kerschbaumer, Sascha Gell, Pia Reichmann

Forscher:innenteam am Center for Social & Health Innovation, MCI Innsbruck

Vulnerable Gruppen in der Krise 116

Leonie Obermeyr

Leonie Obermeyr arbeitet derzeit an der Universität Salzburg als Dissertantin im Fachbereich Arbeits- und Wirtschaftsrecht.

**Ausgewählte Problemstellungen einer 3G-Regel
am Arbeitsplatz** 131

Julian Wenger

Technischer Angestellter in der Bauleitung,
Baustelle Stadtstraße Aspern (Wien), STRABAG AG

**Einfluss von COVID-19 auf eine Großbaustelle am
Beispiel North Yorkshire Polyhalite Projekt** 144

Vulnerable Gruppen in der Krise

Lukas Kerschbaumer, Sascha Gell, Pia Reichmann

Einleitung

In Österreich waren 2021 17.3 Prozent der Bevölkerung armuts- und ausgrenzungsgefährdet. Dies bedeutet für rund 1,5 Millionen Österreicher:innen, 23 Prozent davon Kinder unter 14 Jahren, ein Leben an oder unter der Armutsgrenze¹ (Statistik Austria 2022a). Dabei sind 2021 160.000 Österreicher:innen (1.8 Prozent) von erheblicher materieller und sozialer Deprivation betroffen und können sich beispielsweise das Heizen der Wohnung, Mieten, Betriebskosten und Kreditzahlungen, ein zweites Paar Schuhe, kostenpflichtige Freizeitaktivitäten oder eine Internetanbindung nicht leisten (Statistik Austria 2022b).

Diese Gesamtzahlen für Österreich ermöglichen aber keine konsistente Einschätzung der multiplen Facetten von Armutsbetroffenheit in den heterogenen Lebenswelten österreichischer Bundesländer. Ohne Sozialtransfers wäre beispielsweise in Oberösterreich ein Fünftel der Bevölkerung armuts- und ausgrenzungsgefährdet, in Tirol wäre es bereits ein Viertel und in Vorarlberg ein Drittel (Statistik Austria 2022c). Der Bedarf bzw. der Bezug von Mindestsicherungen sah zwischen 2012 und 2021 einen Rückgang von 26.8 Prozent in Salzburg, wohingegen im selben Zeitraum in Tirol ein Zuwachs von 8.6 Prozent zu verzeichnen war (WKO 2022; Statistik Austria 2022d). Während in Kärnten 98.8 Prozent der Mindestsicherungsbezieher:innen nicht erwerbstätig sind, findet sich der geringste Wert in Österreich mit 87.3 Prozent in Tirol, was auf eine höhere Anzahl an Bezieher:innen hinweist, die ihr Erwerbseinkommen aufstocken müssen (Statistik Austria 2022d). Armutsgefährdung oder -betroffenheit unter Erwerbstätigen (Working Poor)² findet sich am seltensten in Salzburg mit „nur“ 5 Prozent der Erwerbstätigen, in Tirol sind es bereits 7 Prozent und in Vorarlberg 9 Prozent (Statistik Austria 2022c). Zudem unterscheiden sich gesetzliche Grundlagen, Zugangsmodalitäten, Bezugshöhen und Bezugszeiträume von Sozialleistungen, wie der Mindestsicherung (BMSGPK 2022) oder Wohnbeihilfen in den jeweiligen Bundesländern (Stadt Wien 2022; Land Tirol 2022). Das heißt, bereits innerhalb der nationalen Grenzen Österreichs ist ein genauer Blick auf die relativen Komponenten von Armut in (sozial)räumlichen Kontexten wichtig (Lorke 2018). Anders ausgedrückt, ermöglichen 60 Prozent des österreichischen

äquivalisierten medianen Nettohaushaltseinkommens im Burgenland andere Handlungsspielräume und Verwirklichungschancen als in Tirol, wo die Kaufkraft pro Kopf beispielsweise 1,7 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt liegt (Muranyi 2022), das zweitniedrigste Bruttojahreseinkommen österreichweit erzielt wird (Statistik Austria 2022e) und gleichzeitig die höchsten Verbrauchsausgaben (z. B. für Wohnen, Essen, Bekleidung und Mobilität) im österreichweiten Vergleich (Statistik Austria 2022f) vorzufinden sind. Die meisten Industrie-, Bau- und Handelsbetriebe finden sich in Oberösterreich, Niederösterreich und Wien (Statistik Austria 2022g), was sich zumindest für Ober- und Niederösterreich auch in den höchsten monatlichen Äquivalenzeinkommen niederschlägt. Wohingegen der Tourismus und das Gastgewerbe, mit häufig prekären Anstellungsmodalitäten und dem niedrigsten Bruttojahreseinkommen im Branchenvergleich, am stärksten in Tirol vertreten ist (Statistik Austria 2022g).

Mit der Pandemie bzw. den daran gekoppelten Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens (z. B. Lockdowns und strikte Auflagen für Handel und Tourismus) war davon auszugehen, dass die sehr stark auf Tourismus ausgerichtete Wirtschaft Tirols und somit Teile der Tiroler Bevölkerung mit Einbußen bei Gehalt bzw. Jobverlust, Schulden und Zahlungsverzügen konfrontiert sind. Während sich österreichweit die Arbeitslosenzahlen zum Höhepunkt der Pandemiemaßnahmen, im April 2020, nicht ganz verdoppelten (+91 Prozent) haben sie sich in Tirol mehr als verdreifacht (+330 Prozent) (AMS 2022a). Zudem stieg die Langzeitarbeitslosigkeit im österreichweiten Schnitt um 57 Prozent bis April 2021, wohingegen in Tirol ein Zuwachs von 270 Prozent bis Mai 2021 zu verzeichnen war (AMS 2022b). Auf dieser Basis lag es nahe, der Frage nachzugehen, welche Auswirkungen bzw. Nebenwirkungen die Pandemie und daran gekoppelte Maßnahmen auf vulnerable Personengruppen haben. Auch wenn der Fokus hier auf einem Bundesland liegt, sind die Ergebnisse mit Blick auf die aktuelle Teuerung, im Oktober 2022 liegt diese bei 11 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, durchaus für ganz Österreich von Bedeutung. Die Erfahrungen unterschiedlicher Personengruppen wie Menschen mit Behinderungen, Working Poor oder auch Kindern in der Pandemie gepaart mit dem Blick auf das komplexe Zusammenspiel von individuellen Ausgangslagen und sozialen, ökonomischen wie institutionellen Kontexten, das beispielsweise bei der Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen von zentraler Bedeutung ist, kann durchaus auch richtungsweisend für andere Bundesländer sein.

Methodisches Vorgehen

Für die Erschließung individueller Erfahrungen mit der Pandemie bzw. Armut und Prekarisierung wurde ein qualitatives Untersuchungsdesign etabliert. Die Datenerhebung erfolgte mittels biografisch-narrativer (Schütze 1983) und episodisch-problembbezogener (Witzel & Reiter 2012) Expert:innen-Interviews, wobei sich diese Bezeichnung sowohl an Menschen mit erlernter Expertise als auch Menschen mit gelebter Erfahrung orientiert (Orton 2019: 132). Die Kombination dieser beiden Interviewverfahren ermöglichte einen strukturierteren Zugang zu Informationen über subjektseitige Bedingungen (Biografie, Lebensumstände, Bewältigungsstrategien) und relevanten Kontextbedingungen (institutionelle Unterstützung, Netzwerk, strukturelle Einflüsse) (Rosenthal 2004; Scheibelhofer 2008). Um Menschen anzusprechen, die von finanziellen Notlagen, Arbeitsplatzverlust, Obdachlosigkeit oder Schwierigkeiten, die Miete zu bezahlen, betroffen sind, wurden Flyer und Poster an ausgewählten Standorten verteilt sowie Gatekeeper („Toröffner“) (Kawulich 2011) in beratenden und sozialdienstleistenden Einrichtungen für die Akquise herangezogen. Nachdem die ersten Gespräche stattgefunden haben, Vertrauen zwischen Interviewenden und Interviewten etabliert wurde, wurde mittels Snowball-Sampling darauf abgezielt, weitere Personen aus dem sozialen Umfeld der Gesprächspartner:innen für die Teilnahme an der Erhebung zu rekrutieren. Zudem wurden Tafeln vom Erhebungsteam direkt aufgesucht und auf die Möglichkeit zur Teilnahme an der Erhebung hingewiesen. Zuletzt bediente eine qualitative Online-Erhebung ein niederschwelliges und anonymes Angebot, um Scham und Stigmatisierungsängsten entgegenzuwirken. In einem offenen Textfeld konnte ein Bericht über Herausforderungen im aktuellen Leben an die Forschenden übermittelt werden.

Für die Erhebung konnten schließlich insgesamt 179 Teilnehmer:innen aus diversen Gruppen Armutsbetroffener und Dienstleistender, wie in Tabelle 1. dargestellt, rekrutiert werden.

Tabelle 1.: Teilnehmer:innengruppen

Teilnehmer:innen	Anzahl
Kinder und Jugendliche (9–15 Jahre)	21
Armut trotz Erwerbstätigkeit	40
Armut (Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle)	54
Front-Desk Mitarbeiter:innen	36
Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige	28
Insgesamt	179

Zuerst wurden die 143 erhobenen Fälle Betroffener anhand biografischer Rekonstruktionen (Rosenthal 2004) aufgearbeitet und entscheidende biografische Ereignisse für Armutsbetroffenheit identifiziert. Über induktive Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2014) konnten dann die sich aus den Rekonstruktionen ergebenden relevanten Themenkomplexe identifiziert und Prozesse die Armutsgefährdung begünstigen bzw. entgegenwirken (re-)strukturiert werden (Gläser & Laudel 2019). Ergänzend wurden die 36 Interviews mit Front-Desk Mitarbeiter:innen inhaltsanalytisch ausgewertet und in die Ergebnisse überführt. Die Teilnahme an der Erhebung war freiwillig, alle Interviewten (ggf. ergänzend die Erziehungsberechtigten oder gesetzlichen Vertreter:innen) haben eine Einwilligungserklärung unterzeichnet und es wurden 50 Euro Aufwandsentschädigung bezahlt (80 Euro bei Kindern mit Eltern).

Ergebnisse

Ein allgemeiner Überblick auf die Erhebung zeigt einerseits, dass Kurzarbeitsmaßnahmen oder Jobverlust im Zuge der Pandemie die finanzielle Situation bei einem Teil der Befragten dermaßen destabilisierten, dass diese erstmals an die Grenze zur Prekarität gerieten – „seitdem bin ich halt da in einer schwierigen Situation. Weil die Bereiche, die ich gelernt habe ... oder alle Ausbildungen, die ich gemacht habe, sind eigentlich ziemlich oder eigentlich voll betroffen gewesen von Corona und von dem Lockdown; Dienstleistungen vor allem. Und das war total schwierig“ (WP-004³, Abs. 14). Diese (1) Gruppe erlebte soziale Desintegration, finanzielle Einbußen bzw. prekäre Lebensumstände und einen gefühlten Abstieg aufgrund des Pandemiegeschehens. Demgegenüber standen (2) Betroffene,

die bereits vor der Pandemie von Armut bzw. Ausgrenzung bedroht oder betroffen waren und bei denen sich die prekäre Lebenssituation durch die eingesetzten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie massiv verschärfte. So gab es beispielsweise Fälle die aufgrund der Einkommenssituation mehrfach beschäftigt waren und formelle wie informelle Nebentätigkeiten verfolgten, um über die Runden zu kommen, denn „jemand muss die Rechnungen zahlen. Ich habe als Zeitungszusteller und als Reinigungskraft gearbeitet“ (WP-010⁴, Abs. 50) – beide Jobs fielen durch die eingesetzten COVID-19-Maßnahmen wieder weg und führten zu einer Situation, in der das Einkommen nicht mehr für ein Auskommen reichte. Eine weitere (3) Gruppe von Befragten ist mit langjährigen Armutskarrieren bzw. -biografien konfrontiert und lebt konstant in prekären Lebensumständen. Mit COVID-19 ist nicht zwingend eine Verschlechterung der Lebenssituation einhergegangen, weil kaum noch Spielraum nach unten vorhanden war – „jetzt war ich eh schon so depressiv, so weit unten und jetzt auch noch unser schönes ... Eigenheim, alles gleich auf Schulden, dann verlierst du auch noch die Wohnung. Mehr hast du nicht mehr gebraucht. Ich war dann, habe ich, ich fast schon Psychose gehabt in der Zeit“ (WP-007⁵, Abs. 268). Darüber hinaus wurden unter den Befragten sogenannte (4) Ausreißer identifiziert, d. h. Personen, die selbstgewählte (alternative) Lebensentwürfe verfolgten und sich bereits länger in Abgrenzung zu einer „Normalbiografie“ befanden. Sie bedienen sich dem Narrativ der Selbstverwirklichung bzw. etablieren einen reduzierten Lebensstil als konkretes Ziel, „ich meine, man kann leben irgendwie, wenn man es sich halt managt. Ich bin jetzt auch nicht der Typ, der jetzt voll auf Luxus ist, also ich bin sehr klein gehalten und einfach. Deswegen ist es auch okay“ (WP-022⁶, Abs. 90). In Teilen handelt es sich hier um Rationalisierungen und Coping-Mechanismen, die dabei helfen, kurzfristige bzw. unmittelbar auftretende Rückschläge oder auch finanzielle Engpässe besser zu verkraften. So mancher Fall war aber in seiner biografischen Ausrichtung auch tatsächlich konstant auf eine sehr minimalistische Lebensführung ausgerichtet. Zuletzt zeichnete sich bei einem Teil der (5) Befragten, u. a. durch neu gewonnene zeitliche Ressourcen und Unterstützung aus dem sozialen Netzwerk, ein Aufwärtstrend ab. Die Pandemie wurde als Chance wahrgenommen, um sich im Ausland erworbene Ausbildungen anerkennen zu lassen oder sich beruflich umzuorientieren, zum Beispiel vom Bankwesen in den Pflegebereich – „dir [wird] im Grunde vermittelt, es ist gut, dass ihr da seid ... ihr macht einen wichtigen Job“ (AD-009⁷, Abs. 80).

Einer der Hauptgründe für die Verschärfung sozialer Notlagen in allen untersuchten Gruppen liegt unter anderem im Fehlen von leistbarem Wohnraum. Selbst wenn dieser in Form von Gemeinde- oder Sozialwohnungen besteht, wird ein beträchtlicher Teil des Einkommens der Befragten für Miete aufgewendet. Im Einzelfall ist die Mietzinsbeihilfe, sofern in Anspruch genommen, überlebenswichtig, im Gesamtkontext trägt sie aber dazu bei, dass das Preisniveau am Wohnungsmarkt bedient werden kann und somit hoch bleibt. Auch wenn in der Pandemie vielfach Mieter:innen in finanziellen Schwierigkeiten stärker geschützt wurden, zeigt die Teuerung, wie fragil das System ist. Unterstützungsleistungen bei Energie- und Wohnkosten können kaum mit den Preissteigerungen mithalten und machen deutlich, dass tiefgreifende strukturelle Reformen zur Sicherung leistbaren Wohnraums schon lange überfällig sind. Ganz allgemein wurde das Thema der Inanspruchnahme von sozialen Unterstützungsleistungen, deren Zugangskriterien sowie die Prozesse der Antragsstellung und -verfahren für finanzielle Unterstützungsleistungen, bzw. die zahlreichen Problemfelder, die daran gekoppelt sind, zum zentralen Thema in der Erhebung. Vielfach fehlte es unter den Teilnehmer:innen an Informationen darüber, welche Förderungen bestehen, wer Anspruch darauf hat und wie diese zu beantragen sind. Zudem trugen digitale, bürokratische oder sprachliche Hürden dazu bei, dass von der Beantragung von Leistungen abgesehen wurde. Allgemein ist für Armutsbetroffene bzw. ausgrenzungsgefährdete Personen der Zugang zu vielen Sozialleistungen nur in der Theorie einfach. In der Praxis führt die Ausgestaltung des Antragswesens vielfach dazu, dass Bezugsberechtigte resignieren und nicht alles abholen, was ihnen als Rechtsanspruch zusteht.

Menschen mit Behinderungen

Aufgrund der COVID-19-Situation fühlten sich Betroffene und Angehörige im Stich gelassen und berichteten von Einschränkungen in ihrer Selbstbestimmung (besonders in betreuten Wohnformen), sowie Besuchs- und Betretungsverboten von Angehörigen in institutionellen Wohnformen. Für Menschen mit Behinderungen (MmB) war über Monate hinweg kein persönlicher Kontakt zu ihren Angehörigen möglich, um den damals geltenden Schutzmaßnahmen zu entsprechen. Dienstleister:innen berichteten in diesem Zusammenhang auch von der Problematik, ihren Klient:innen die Hintergründe für solche Maßnahmen näherzubringen. Dies führte bei einem großen Teil

von MmB in der Erhebung zur sozialen Isolation. Schwer erarbeitete Inklusionsleistungen in den Bereichen „Arbeit“, „Bildung“, „Freizeit“ und „Wohnen“ wurden kurzfristig durch die Pandemiemaßnahmen eingebüßt. So berichteten MmB vom Verlust des Arbeitsplatzes durch die pauschalierte und teilweise unreflektierte Zuordnung aller MmB zur „Risikogruppe“ während des ersten COVID-19-bedingten ‚Lockdowns‘. MmB waren damit konfrontiert, dass Arbeitgeber:innen vielfach nicht ausreichend Informationen wie auch Ressourcen zur Verfügung hatten, um das Arbeitsumfeld für MmB so anzupassen, dass geltende Schutzmaßnahmen umfänglich einzuhalten und die „Risikogruppe“ zu schützen war. Zudem stellt hier die Digitalisierung gleichermaßen Fluch und Segen dar. Einerseits ermöglichten digitale Lösungen das Arbeiten von Zuhause und Einschränkungen des öffentlichen Nahverkehrs fielen nicht so stark ins Gewicht, andererseits erwarteten Arbeitgeber:innen vielfach, dass MmB längerfristig von Zuhause arbeiten, da damit Risiken und Unsicherheiten in Verbindung mit COVID-19 am Arbeitsplatz minimiert werden können. Angehörige sahen sich vor das Problem gestellt, Pflege- und Versorgungsleistungen ohne Kompensation zu übernehmen. Dies verschärfte nicht nur die Situation von MmB, sondern auch die der pflegenden Angehörigen. Angehörige berichteten von Erfahrungen sozialer Isolation zum Schutz der Betroffenen und der Verknappung finanzieller Ressourcen durch Übergänge in Teilzeit-, Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, um die nötigen Pflegeleistungen erbringen zu können. Institutionen und Träger sahen sich mit Kapazitätsdefiziten konfrontiert. Teilweise ohnehin bereits niedrig angesetzte Personalschlüssel konnten die Ausfälle, bedingt durch Quarantänen, Erkrankungen und den Wegfall von Bildungs- und Arbeitsplätzen sowie Tages- und Freizeitstrukturen, nicht vollständig kompensieren. Hinzu kam der Wegfall von Mobilitätsangeboten durch Einschränkungen im öffentlichen Personennahverkehr bedingt durch COVID-19-Maßnahmen (Personenanzahl bei Transporten, Frequenzminderung der Linien). Besonders betroffen waren rurale Gebiete, die bereits zuvor nicht ausreichend an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden waren. Ein grundlegendes Problem für alle Stakeholder war die fehlende Transparenz in der öffentlichen Kommunikation und im Krisenmanagement, das die Unsicherheit zusehends verstärkte. Hinzu kam, insbesondere bei Institutionen und den Trägern, die dadurch ausgelöste fehlende Planbarkeit. All diese Probleme verschärfen die Situation für die Betroffenen und überlasteten ein von den Befragten als ohnehin bereits als fragil beschriebenes System der Unterstützungsleistungen für MmB.

Kinder und Jugendliche und Familien

Gefühle der sozialen Isolation sowie zunehmende psychische Belastungen wurden auch bei Kindern und Jugendlichen beobachtet, die aufgrund ihrer oft beengten Wohnverhältnisse keinen Rückzugsort während der Lockdowns bzw. der Distance-Learning-Phasen hatten. Zudem fehlte es an digitalen Endgeräten und (stabilen) Internetverbindungen – „... was bringt der Laptop, wenn du keine Internetverbindung hast“ (AD-016⁸, Abs. 127). Die oft ohnehin prekäre Ausgangssituation in einigen Familien führte dazu, dass für manche Kinder eine Höherqualifizierung nicht infrage kam, da ein Beitrag zum Haushaltseinkommen geleistet werden musste bzw. es Geschwistern ermöglicht werden sollte, eine weiterführende Ausbildung zu beginnen – „mein ältester Sohn ... hat dann gesagt, Mama, ich mache eine Lehre, damit die anderen zwei genug haben. Der wäre viel gescheiter gewesen. Der hätte Arzt auch werden können“ (WP-006⁹, Abs. 219). Einkommen von volljährigen Kindern im Haushalt, beispielsweise durch eine Lehrstelle, führten aufgrund der Bestimmungen in Anrechnungsverfahren jedoch wiederum zu Kürzungen von Transferleistungen, „es interessiert kein Amt ..., ob dein Sohn dir jetzt ein Geld daheim abgibt oder nicht“ (WP-024¹⁰, Abs. 16). Dies führte in Familien zu Situationen, in denen die Kinder zur Überzeugung gerieten, dass sich Arbeit nicht lohnt, da sich subjektiv die finanzielle Lage der Familie dadurch nicht verbesserte. Von diesen und weiteren Problemstellungen waren besonders alleinerziehende Frauen betroffen. Geringe Erwerbsintensität durch Care-Arbeit, die Akzeptanz prekärer Arbeitsverhältnisse für eine flexible Zeiteinteilung sowie fehlende Anspruchsberechtigungen auf Sozialleistungen durch das Fehlen sozialversicherungspflichtiger Anstellungen in der Vergangenheit befeuerten Armutslagen – „ich [musste] mich mit 2 Kindern um Homeoffice, Homeschooling, Care-Arbeit und Haushalt kümmern“ (ONL-ADWP-006¹¹). Bei nicht Alleinerziehenden konnte unter den Teilnehmer:innen innerhalb der Familien hingegen eine Retraditionalisierung hin zu konservativen Rollenverteilungen beobachtet werden – „Wenn ich nachher noch gesagt habe, du musst jetzt auf die Kinder schauen, weil ich gehe putzen, hat ihm das zu nerven angefangen. Der hat dann oft gesagt, ja du brauchst nicht putzen gehen, bleib du lieber bei den Kindern daheim, weil das ... ist ihm zu viel. Er will abschalten, er will seine Ruhe“ (WP-024¹⁰, Abs. 190). Für die in der Erhebung erfassten Mütter stellte sich die Situation so dar, dass sie klar für die Kinderversorgung

sowie für den (unbezahlten) Heimunterricht der Kinder – bedingt durch Pandemiemaßnahmen und fehlende finanzielle Mittel für Nachhilfe – zuständig waren. Selbst wenn sich Väter in Teilzeitanstellungen befanden oder kein existenzsicherndes Einkommen generiert wurde, blieb über alle Teilnehmer:innen hinweg die Care-Arbeit bei den Frauen verortet. Ein weiteres Phänomen, das sich während der Pandemie abzeichnete ist, dass es meist die Frauen sind, die eine Inanspruchnahme von Transferleistungen initiieren oder Beratungen und Antragstellungen in ihrer Verantwortung verortet sehen bzw. zugeschrieben bekommen. Zuletzt waren öffentlich finanzierte Plätze für die psychologische Betreuung von Kindern aus vulnerablen Familien nur selten zugänglich. Eltern standen vor der Wahl, Therapieangebote selbst zu bezahlen, was die finanzielle Situation verschärfte, oder auf entsprechende Angebote zu verzichten.

Working Poor

Erwerbsarmut ist kein Phänomen, das erst mit der Pandemie aufkam, sondern war meist ein Problem, mit dem Betroffene bereits vor der Pandemie kämpften. Diejenigen, deren berufliche Existenzen sowohl in der Gastronomie, im Tourismus, in der Sport- und Eventbranche als auch im Kunst- und Kulturbereich lagen – alles Branchen, die starke Einbrüche durch die Pandemie erlitten – waren am ehesten mit unmittelbaren Einkommenseinbußen konfrontiert: „es ist nicht planbar. Sie sagen zwar, sie sperren auf, aber ... ich kann mich darauf nicht verlassen. Ja, man investiert jetzt wieder Zeit und Arbeit hinein, dass man wieder ein bisschen etwas vorbereitet für eine Saison. Es könnte ja sein, aber da verpufft viel Energie“ (WP-002¹², Abs. 142). Ein Arbeitsplatzverlust im Zuge der Pandemie zeigte dann den Betroffenen vielfach auf, dass Sozialleistungen, die an die Höhe des Erwerbseinkommens geknüpft sind, keinesfalls bedarfsdeckend sind (z. B. Arbeitslosengeld). Erfahrungen mit dem Sozialsystem fehlten nicht selten und das Einreichen von Anträgen auf weitere Unterstützungsleistungen (z. B. Mindestsicherung) verzögerten sich, wenn überhaupt entsprechende Anträge eingebracht wurden. Zudem wird im Sample deutlich, dass niedrige bzw. fehlende Bildungsabschlüsse, mehrere Kinder, häufiger Branchenwechsel und sich wiederholende Phasen der Arbeitslosigkeit, die Armut trotz Arbeit befördern. Besonders Teilnehmer:innen mit niedrigem Bildungsniveau fanden sich häufiger in mehreren Arbeitsverhältnissen, um einem Lebensstandard, der der gesellschaftlichen Normvorstellung entspricht, zu

sichern – „du gehst doppelt arbeiten, du gehst Zeitung austragen, das kannst du ja nicht ein Leben lang machen. Das kannst du ja nicht mal 20 Jahre machen“ (WP-007, Abs. 190). Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch Akademiker:innen von Erwerbsarmut und prekären Lebenssituationen betroffen sind. Dies ergab sich in der Erhebung hauptsächlich aufgrund des Zusammenspiels mehrerer Faktoren wie dem Geschlecht, Alleinerziehenden-Status und fehlenden arbeitsrechtlichen Regulierungen (z. B. Kollektivverträge). Der Blick auf das geringe Bildungsniveau Betroffener legt eine berufliche Umorientierung und Weiterqualifikation als Ausweg nahe. Dies trug bei einigen Befragten aber auch zur weiteren Prekarisierung bei, indem es zum Austritt aus bzw. Aufschub der Aufnahme einer Vollzeitstätigkeit kam, um zeitliche Kapazitäten für Qualifikationen zu schaffen. Das bedeutet in weiterer Folge längere Perioden mit noch weniger Einkommen bei teilweise mangelnden Einblicken über mögliche Förderungen und Unterstützungsleistungen. Viele Betroffene wissen nicht um den Umstand, dass sie von In-Work-Poverty betroffen sind, immerhin arbeiten sie und entsprechen somit auch dem gesellschaftlichen Normativ des Selbsterhalts über die eigene Arbeitskraft. Dennoch sind alle Working Poor im Sample von Zukunftssorgen aufgrund fehlender Möglichkeit zu sparen geplagt – „eben diese Vorsorge, man kann sich nichts ansparen, um vielleicht mal ein Eigenheim zu kaufen oder irgendwas zu finanzieren auf lange Sicht“ (WP-008¹³, Abs. 94).

Ein weiterer struktureller Faktor, welcher die Überwindung von prekären Lebenssituationen hemmt, ist die fortlaufende Fragmentierung der Tiroler Soziallandschaft. Sozialdienstleister:innen selbst berichten von Problemen bei der Identifikation passender Anlaufstellen oder möglicher Unterstützungsleistungen für Betroffene – „eigentlich ist es mittlerweile so, dass man eine Beratung über die Beratungsangebote braucht“ (FD-002¹⁴, Abs. 32). Dass Betroffene sich nicht im Klaren darüber sind, dass sie formal zur Gruppe der Working Poor zählen und Anspruch auf Unterstützungsleistungen haben, erschwert ein Ausbrechen aus dieser Situation bzw. die Annahme von Hilfe – „die Gefährdungsschwelle ändert sich dauernd. Dann habe ich bei einem Erwachsenen die Ziffer 1, bei zwei Erwachsenen 1,5. Wenn ein Kind dazukommt, kommt 0,3 dazu. Und die meisten Leute, wenn ich ihnen das erkläre, steigen sowieso nach mindestens 1,5 aus“ (WP-006, Abs. 47). In den meisten Fällen von Erwerbsarmut wird eher versucht, die aktuellen Umstände zu bewältigen, was

nicht heißt, sie zu überwinden. Dass wenig finanzieller Spielraum besteht, ist den meisten bewusst, doch wird dieser Umstand vielfach wie eine schicksalhafte Fügung behandelt, aus der es nur bedingt Auswege gibt. Dies führt auch dazu, dass speziell auf diese Gruppe ausgerichtete Unterstützungs- und Beratungsangebote nicht wahrgenommen werden.

Diskussion

Die COVID-19-Pandemie ist nicht alleinige Verursacherin vieler der hier beschriebenen prekären Erfahrungen und Lebenslagen, sie hat vielmehr die Aufmerksamkeit auf länger bestehende Problemlagen gelenkt, bzw. auch zu deren Verschärfung beigetragen. Unter Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen wurden die Auswirkungen von Informations- und Angebotsdefiziten sowie die generelle Einstufung als Angehörige einer „Risikogruppe“ besonders deutlich und äußerten sich in Arbeitsplatzverlusten, sozialer Isolation und einer Überlastung des Systems von Unterstützungsleistungen. Bei Kindern und Jugendlichen fehlte es an digitalen Endgeräten bzw. (stabilen) Internetverbindungen und geeigneten Rückzugsorten, was in Kombination mit finanziellen Engpässen in Familien zu einer Verschlechterung der psychischen Situation führte und/oder Bildungsverläufe von Kindern negativ beeinflusst. So wurden teilweise Bestrebungen, im tertiären Bildungssektor Fuß zu fassen, aufgegeben, um einer Lehre nachzugehen, die die Familie nicht weiterem finanziellen Druck aussetzt, sondern zum Haushaltseinkommen beiträgt. Frauen hatten noch mehr an Care-Arbeit zu leisten (Ersatz für Schulen und Betreuung) und kümmerten sich mehrheitlich um die Antragsstellung für Unterstützungsleistungen. Über alle Befragten hinweg und besonders Working Poor wurde ersichtlich, dass die Pandemie jenen Tropfen darstellte, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Mit der Versorgung derer, deren Einkommen nicht zum Selbsterhalt ausreicht, entwirft der Sozialstaat eine Programmatik, die die Absolutheit der früheren Drohung des Hungers bei Untätigkeit unterläuft. So wird die Bereitschaft zur Arbeit bzw. Selbsterhalt zur fixen Regel sozialstaatlichen Agierens. Dieser Umstand ist einer erwerbszentrierten solidarischen Gesellschaftsform geschuldet, in der stets das Misstrauen besteht, dass jemand versorgt wird, ohne überhaupt Interesse und Bemühungen zu zeigen, sich selbst versorgen zu können. Damit einher geht die Trennung von würdigen und unwürdigen

Hilfeempfänger:innen, bei der die Kontexte individueller prekärer Lebenslagen leicht aus den Augen verloren werden. Gesellschaftlich drückt sich dieses Verhalten in der politischen Regulierung der Aktivierungs- und Sanktionspolitik wie auch der strengen Kontrolle des Zugangs zu Unterstützungsleistungen aus, die den ehrlich arbeitenden Teil der Gesellschaft vor Ausbeutung durch „Sozialschmarotzer“ schützen soll. Diese Instrumentalisierung des Narratives der sozialen Hängematte wurde durch die Pandemie ins Wanken gebracht, als erstmals Personengruppen auf soziale Hilfeleistungen angewiesen waren, die bisher nie Kontakt mit dem Sozialsystem hatten. Die Teuerung macht nun noch deutlicher, wie wichtig sozialstaatliche Solidarität ist und wie Menschen unverschuldet in prekäre Lebenslagen geraten können. So übersetzt sich diese misstrauische strukturelle Veranlagung sozialer Unterstützungsleistungen in Scham und die Angst vor Stigmatisierung („Sozialschmarotzer“), was die Nichtinanspruchnahme sozialer Leistungen subjektseitig verstärkt. Der Wunsch nach Unabhängigkeit vom Sozialsystem ist bei allen Befragten stark ausgeprägt, wenngleich auch mit viel Anstrengung nicht leicht realisierbar – ersichtlich am Phänomen der Erwerbsarmut. Die Aufforderung, Menschen in prekären Lebenslagen sollen die ihnen zustehenden Sozialleistungen auch abholen, wirkt zynisch, wenn sie nicht gleichzeitig von einem System getragen wird, das auch ehrlich darum bemüht ist, das zu ermöglichen. Hier gilt es, verstärkt auf die Bedürfnisse Betroffener einzugehen und die technische Umsetzung des Antragswesens nicht nur daran zu bemessen, ob sie bürokratisch effizient und einfach abzuwickeln sind – Anträge ausschließlich online abzuwickeln, ist hier eine Fehlentwicklung. Zudem bedarf es struktureller Veränderungen, um ein bedarfsdeckendes Einkommen zu ermöglichen, das nicht unter der Armutsgefährdungsgrenze liegt, sowie Kinder aus prekären Einkommensverhältnissen, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige besser zu fördern und abzusichern. Leistbarer Wohnraum ist hier eines der zentralsten Themen, wenngleich die Lösung nicht in fortwährender über Quersubventionierungen aus Mietzinsbeihilfen und Einmalzahlungen für Energiekosten bestehen kann. Am Ende stellt sich die Frage, warum fällt es uns so schwer, ein Sozialsystem zu etablieren, von dem die am schlechtesten gestellten Personen in einer Gesellschaft am meisten profitieren (Rawls 1971). Die Krisen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die eigene Betroffenheit viel schneller Thema werden kann, als vermutet.

Anmerkungen:

- 1 *Die Armutsgefährdungsgrenze liegt bei 60 % des äquivalisierten medianen Nettohaushaltseinkommens und entspricht derzeit 1.371€ für einen Ein-Personen-Haushalt zwölfmal im Jahr, für jeden weiteren Erwachsenen erhöht sich die Grenze um den Faktor 0,5 und bei Kindern um 0,3 (Statistik Austria 2022a).*
- 2 *Als Working Poor werden erwerbstätige Personen (18 bis 64 Jahre) bezeichnet, die im Referenzjahr mehr als sechs Monate beschäftigt waren und deren Jahreseinkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze liegt (Statistik Austria, 2022c).*
- 3 *Mitte 30, männlich, ledig, Akademiker, arbeitssuchend*
- 4 *Mitte 30, männlich, verheiratet, Akademiker, arbeitssuchend*
- 5 *Anfang 50, weiblich, ledig, Lehrabschluss, arbeitssuchend*
- 6 *Mitte 30, männlich, ledig, Berufsschulabschluss, selbstständig*
- 7 *Anfang 50, männlich, ledig, Akademiker, in Ausbildung, 1 nicht erwerbstätiges Kind im Haushalt*
- 8 *Jugendlicher, in berufsbildender höherer Schule (Matura)*
- 9 *Alter unbekannt, weiblich, ledig, Akademikerin, angestellt (Teilzeit), 1 nicht erwerbstätiges Kind im Haushalt*
- 10 *Anfang 40, weiblich, geschieden, Berufsschulabschluss, arbeitssuchend, 1 nicht erwerbstätiges Kind im Haushalt*
- 11 *Mitte 40, weiblich, Akademikerin, geschieden, angestellt (Vollzeit), 2 nicht erwerbstätige Kinder im Haushalt*
- 12 *Anfang 50, männlich, Akademiker, ledig, selbstständig*
- 13 *Anfang 30, weiblich, angestellt (Teilzeit), in Ausbildung*
- 14 *Berater für Working Poor*

Literaturverzeichnis:

- » AMS (2022a): *Arbeitslose nach Bundesländern. Arbeitsmarktservice Österreich.* Online verfügbar unter <https://iambweb.ams.or.at/ambweb/>.
- » AMS (2022b): *Gesamtübersicht über die Langzeitbeschäftigungslosigkeit. Bestand langzeitbeschäftigungsloser Personen zum Stichtag. Arbeitsmarktservice Österreich.* Online verfügbar unter <https://iambweb.ams.or.at/ambweb/>.
- » BMSGPK (2022): *Allgemeines zur Sozialhilfe/Mindestsicherung.* Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. Online verfügbar unter <https://www.oesterreich.gv.at/themen/soziales/armut/3/2/Seite.1693914.html>.
- » Gläser, J., Laudel, G. (2019). *The Discovery of Causal Mechanisms: Extractive Qualitative Content Analysis as a Tool for Process Tracing.* In *Forum Qualitative Sozialforschung*, 20 (3). <https://doi.org/10.17169/fqs-20.3.3386>
- » Kawulich, B. (2011). *Gatekeeping: An ongoing adventure in research.* *Field Methods*, 23(1), 57–76. <https://doi.org/10.1177/1525822X10383388>
- » Land Tirol (2022): *Wohnbeihilfe.* Amt der Tiroler Landesregierung. Online verfügbar unter <https://www.tirol.gv.at/bauen-wohnen/wohnbauforderung/beihilfe/wohnbeihilfe/>.
- » Lorke, Christoph (2018): *Armut.* In: Rüdiger Voigt (Hg.): *Handbuch Staat.* Wiesbaden: Springer VS (Handbuch), S. 1313–1323.
- » Mayring, P. (2014). *Qualitative Content Analysis. Theoretical Foundation, Basic Procedures and Software Solution.* Beltz.
- » Muranyi, Thomas (2022): *Kaufkraftschwache Hauptstädte in DACH-Region.* GfK Kaufkraft-Studien 2022 jetzt verfügbar. Geomarketing News. Growth from Knowledge (GfK). Online verfügbar unter https://www.gfk.com/hubfs/website/editorial_ui_pdfs/20220407_News_Kaufkraft-DACH-2022_dfn.pdf.
- » Orton, M. (2019). *Challenges for anti-poverty action: developing approaches that are solutions focused, participative and collaborative.* *Journal of Poverty and Social Justice*, 27(1), 131–136. <https://doi.org/10.1332/175982718X15451304184475>
- » Rawls, J. (1971). *A Theory of Justice: Original Edition.* Harvard University Press.
- » Rosenthal, G. (2004). *Biographical research.* In C. Seale, G. Gobo, J. F. Gubrium, & D. Silverman (Eds.), *Qualitative research practice* (pp. 48–64). SAGE.
- » Scheibelhofer, E. (2008). *Combining Narration-Based Interviews with Topical Interviews: Methodological Reflections on Research Practices.* *International Journal of Social Research Methodology*, 11(5), 403–416. <https://doi.org/10.1080/13645570701401370>
- » Schütze, F. (1983). *Biographieforschung und narratives Interview.* *Neue Praxis*, 13(3), 283–293.
- » Stadt Wien (2022): *Wohnbeihilfe – Antrag.* Stadt Wien. Online verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/amtsheifer/bauen-wohnen/wohnbauforderung/unterstuetzung/wohnbeihilfe-antrag.html>.
- » Statistik Austria (2022a): *Armut.* Statistik Austria. Online verfügbar unter <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/armut>.

- » Statistik Austria (2022b): *Armut und soziale Eingliederung – FAQs. EU-SILC 2021*. Statistik Austria. Online verfügbar unter https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/FAQs_Armut_April2022.pdf.
- » Statistik Austria (2022c): *Tabellenband EU-SILC 2021 und Bundesländer-tabellen mit Dreijahresdurchschnitt EU-SILC 2019 bis 2021. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen*. Statistik Austria. Online verfügbar unter https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2021.pdf.
- » Statistik Austria (2022d): *Mindestsicherung und Sozialhilfe*. Statistik Austria. Online verfügbar unter <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialeleistungen/mindestsicherung-und-sozialhilfe>.
- » Statistik Austria (2022e): *Allgemeiner Einkommensbericht*. Statistik Austria. Online verfügbar unter <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/allgemeiner-einkommensbericht>.
- » Statistik Austria (2022f): *Verbrauchsausgaben. Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung*. Statistik Austria. Online verfügbar unter https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Verbrauchsausgaben2019-20_Sozialstatistische_Ergebnisse.pdf.
- » Statistik Austria (2022g): *Wirtschaftsatlas*. Statistik Austria. Online verfügbar unter <https://www.statistik.at/services/tools/tools/wirtschaftsatlas>.
- » Witzel, A., Reiter, H. (2012). *The problem-centred interview. Principles and practice*. SAGE Publications.
- » WKO (2022): *Bundesländer in Zahlen. Tabellen und Grafiken zu den wichtigsten Indikatoren*. Online verfügbar unter <https://www.wko.at/service/zahlen-daten-fakten/bundeslaender-in-zahlen.html>.